

## grün global – green global

### Internationale Politik in gemeinsamer Verantwortung

Broschüre 16/100

#### **Die Freiheit in Würde zu leben = die Freiheit von Angst und von Not.**

**Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir Grund, hoffnungsvoll in die Zukunft zu sehen. Die Blockade internationaler Politik durch die Ost-West-Spaltung ist überwunden. Der Fortschritt im Bereich Wissen und Technologie gibt uns Mittel in die Hand, viele bisher ungelöste Probleme zu bewältigen. Doch auch die Herausforderungen sind immens: Klimawandel und Rohstoffkrise, globale Ungerechtigkeit, weltweite Armut und Ausgrenzung, neuer Rüstungswettlauf und weltweite nukleare Aufrüstung fordern unsere ganze Aufmerksamkeit und entschlossenes Handeln. Daneben erleben wir verstärkt Krieg, Bürgerkriege, entstaatlichte Gewalt und Terrorismus.**

Diesen globalen Herausforderungen können wir nur mit einem modernen, ganzheitlichen Politikverständnis gerecht werden. Im Zentrum grüner internationaler Politik steht menschliche Sicherheit: Frieden, globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Umwelt und soziale Entwicklung. Nur in multilateraler Verantwortung können wir diese Aufgaben bewältigen.

Zwei Ereignisse haben in den letzten 20 Jahren die internationalen Beziehungen grundlegend verändert: 1989 markierte der Fall der Berliner Mauer das Ende des Kalten Krieges und damit das Ende einer zweigeteilten Welt. Am 11. September 2001 hoben die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington die Welt aus den Angeln. Die Anstrengungen richteten sich danach auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die von einzelnen Staaten und neuen Koalitionen getragen wurde – eine kurzfristig verständliche Reaktion mit Risiken.

Wir können die globalen Herausforderungen nicht im Alleingang, sondern nur gemeinsam bewältigen. Das ist eine Grundlinie grüner Außenpolitik. Folgerichtig müssen wir die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeiten auf multilateraler Ebene stärken. Die Ziele gab der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan 2005 in seinem Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vor: die Freiheit in Würde zu leben, die Freiheit von Furcht und von Not. Diese Freiheiten zu sichern, muss die Richtschnur erfolgreicher internationaler Politik sein.

## **Globale Risiken**

### **Klimawandel**

**Die Veränderung des Weltklimas ist eine Herausforderung für die globale Welt. Wir können sie nur gemeinsam bewältigen. Die Industrieländer müssen vorangehen.**

Der Klimawandel ist eine umfassende ökologische Bedrohung und damit auch ein globales Sicherheitsrisiko. Unser Ziel ist, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen. Beim Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Quellen brauchen wir deshalb schnelle, greifbare Fortschritte.

Am härtesten trifft der Klimawandel die Entwicklungsländer. Bis 2020 werden allein in Afrika voraussichtlich 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden, die Ernten um bis zu 50% zurückgehen. Die Anpassungsfähigkeit schwacher Staaten ist mit solchen Veränderungen überfordert, Verteilungskonflikte und Umweltmigration sind die Folge. Bereits heute gibt es mehr Umwelt- als Kriegsflüchtlinge.

Schlüssel für eine globale Wende ist eine völkerrechtliche Klimaschutzvereinbarung „Kyoto plus“. Ihr Kernstück ist die Verständigung auf das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 zu halbieren. Die Industrieländer – auch die USA – müssen hier mit ambitionierten Reduktionszielen von 60 bis 80% vorangehen. Nur dann werden auch Schwellenländer wie China und Indien mitziehen. Wirksamer Klimaschutz ist bezahlbar. Etwa 1% des globalen Bruttoinlandsprodukts wäre eine ausreichende, aber auch eine notwendige Investition.

Entwicklungsländer können die Anpassung an den Klimawandel nicht alleine schultern. Erforderlich sind eine solidarische Finanzierung und die konzeptionelle Verknüpfung von Armutsbekämpfung und Klimaschutz.

## **Rohstoffkrise**

**Die Verknappung der endlichen Rohstoffe unserer Erde – besonders der fossilen Energierohstoffe – darf nicht zu einem Kampf aller gegen alle führen. Solidarische Vereinbarungen und eine weltweite Strategie des sparsamen Umgangs mit Ressourcen sowie der Verfügbarkeit nachhaltiger Energie sind die grünen Lösungsansätze.**

Die natürlichen Vorkommen von Öl und anderen Ressourcen werden knapper, die Nachfrage steigt. Als Reaktion steigen auch die Preise. Arme Länder sind davon am stärksten betroffen. In den Industrieländern leben 15% der Weltbevölkerung, sie verbrauchen aber mehr als die Hälfte der begrenzten Ressourcen. Zugleich wachsen in rasantem Tempo neue Akteure auf dem Weltmarkt. China fragt ein Viertel aller weltweit verfügbaren Basismetalle nach und wächst zu einem gewichtigen Ölimporteur heran.

Unsere Devise für eine nachhaltige und gerechte Rohstoffpolitik lautet: weg vom Öl, hin zu erneuerbaren Energien, zu Energieeffizienz und -einsparung. Der Zugang zu nachhaltiger, umweltverträglicher und sozialverträglicher Energie muss weltweit ausgebaut werden. Innovative Energiepolitik bietet große Chancen: Mit dem Zugang zu Strom und Wasser fördert sie Entwicklung und hilft, Armut zu bekämpfen. Eine verantwortungsvolle Energie- und Rohstoffpolitik unterstützt zugleich Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und gute Regierungsführung in Exportländern. Die Bedingung ist, dass Rohstoffe nicht mit „Menschenrechtsrabatten“ erkaufte werden. Um Korruption zu bekämpfen und die Transparenz bei Rohstoffgeschäften zu erhöhen, unterstützen wir die internationale Transparenzinitiative (EITI). Von den Banken erwarten wir zumindest die Einhaltung der sogenannten Äquatorprinzipien, in denen grundlegende Umweltleitlinien festgelegt sind.

Die Energieaußenpolitik der EU darf sich nicht in der kurzfristigen Sicherung fossiler Quellen erschöpfen. Sie muss darauf abzielen, die Umstellung auf erneuerbare Energien zu beschleunigen, Energiegerechtigkeit zu fördern und die Entwicklung der Partnerländer in den Mittelpunkt zu stellen.

Die globale Energiewende erfordert einen weitreichenden Technologietransfer. Ohne hochmoderne und gleichzeitig bezahlbare Technologie werden Länder wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika und Südkorea ihr Energieproblem nicht lösen können.

In der Weltpolitik ist die Abhängigkeit von Öl und Gas ein überragender Machtfaktor und eine dauernde Spannungsquelle. Sie schürt Krieg und Konflikte. Deshalb sehen wir grüne Energieaußenpolitik im Kern als strategische Friedenspolitik. Denn durch globalen Zugang zu erneuerbaren Energien werden Konkurrenz und Konflikte um fossile Energieträger der Vergangenheit angehören.

Die Atomenergie führt uns nicht aus der Rohstoffkrise, sondern schafft neue Risiken. Die Gefahr einer Kernschmelze ist nicht gebannt und die Atommüllfrage weiterhin ungelöst. Auch der Rohstoff Uran geht zur Neige und muss importiert werden. Atomkraft ist nicht wettbewerbsfähig. Proliferation, verantwortlicher Umgang und Entsorgung sind nicht sicher zu kontrollieren. Als Terrorziel stellen Atomanlagen ein unkalkulierbares Risiko dar.

## **Armut**

**Weltweite Armut beweist, dass von der Globalisierung nicht alle profitieren. Armut ist ein Sicherheitsrisiko für die ganze Welt. Mit den Millenniumzielen (MDG) hat die Weltgemeinschaft die Weichen richtig gestellt. Jetzt heißt es handeln.**

2 Milliarden Menschen leben weltweit von weniger als 1 US-Dollar pro Tag, davon über 200 Millionen in China und 350 Millionen in Indien. Die krasse ungleiche Verteilung von Gütern fördert Bürgerkriege.

Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen bilden einen zentralen Bezugspunkt der grünen Entwicklungspolitik. Der Anteil der hungernden Menschen und der extrem Armen an der Weltbevölkerung soll bis zum Jahr 2015 halbiert werden. Weitere Ziele sind, die Ausbreitung von Krankheiten wie HIV/Aids zu stoppen, Umweltzerstörungen einzudämmen, den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu verbessern, allen Kindern zumindest eine Grundschulbildung zu ermöglichen und mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Die jüngste Zwischenbilanz der Vereinten Nationen zeigt die Defizite. Besonders im Kampf gegen den Hunger gibt es besorgniserregende Rückschläge, die zu Kurskorrekturen zwingen. Erfolgreiche Entwicklungspolitik muss nachhaltige Entwicklung fördern und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Grüne Politik hat viel zur Stärkung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beigetragen: durch mehr Finanzmittel, Engagement für gerechtere Handelsbedingungen, Fortschritte zur Entschuldung ärmster Entwicklungsländer sowie die Verbindung von Armutsbekämpfung mit dem Umweltschutz. Aber es bleibt noch viel zu tun. Das gilt z. B. für die ländliche Entwicklung. Wir müssen auch die Qualität und Effizienz der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik verbessern.

Wir wollen vor allem eine nachhaltige Handelspolitik und mehr Gerechtigkeit im Austausch mit den Entwicklungsländern erreichen. Unsere Initiativen zielen z. B. darauf, Agrarexportsubventionen für Industrieländer abzuschaffen, denn sie verdrängen die Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Elend und Perspektivlosigkeit sind dort die Folge. Innovative Finanzierungsinstrumente wie die Flugticketabgabe sollen mehr Geld für Entwicklung einbringen. Wie andere europäische Staaten hat sich auch die Bundesregierung verpflichtet, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Dafür müsste Deutschland die Entwicklungshilfe bis 2015 praktisch verdoppeln. Ein konkreter Plan dazu fehlt bislang.

## **Multilaterale Politik**

### *Europäische Union stärken*

Die europäische Einigung hat auf unserem Kontinent fast überall dem Frieden und Wohlstand zum Durchbruch verholfen. Die EU hat als zivile Friedensmacht weltweit eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Dazu müssen wir ihre innere Handlungsfähigkeit stärken. Die einzigartige Erfolgsgeschichte der Europäischen Union steht für Demokratie, Frieden, Sicherheit, Wohlstand und die fast vollständige Wiedervereinigung des europäischen Kontinents. Auch in Zukunft spielt sie eine zentrale Rolle für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung, die Bekämpfung des Klimawandels und des Terrorismus. Gemeinsam haben die europäischen Staaten eine gewichtige Stimme in der Welt. Geeint in der EU können sie die Gestaltungskraft für eine friedlichere und stabilere Welt entwickeln.

### **Reform von innen heraus**

Um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen zu sein, braucht die EU effizientere Strukturen: Es gilt, den Schutz der Grundrechte zu stärken, Institutionen und Verfahren effizienter und transparenter zu machen und die demokratische Legitimation der EU zu erhöhen. Wie stehen wir als EuropäerInnen zu unserer Staatengemeinschaft? Welche Werte teilen wir? Wie sehen wir unsere gemeinsame Identität? Eine öffentlich geführte Debatte über die Zukunft der EU ist ein wichtiger Schritt zu einem gemeinsamen Selbstverständnis.

### **Mit einer Stimme**

Als zivile Friedensmacht trägt die EU eine große Verantwortung. Vielstimmigkeit schwächt ihre Position. Eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik kann nur auf der Basis gemeinsamer Entscheidungen beruhen. Manche Aufgaben liegen schon in Europa selbst, wie in Bosnien-Herzegowina oder dem Kosovo. Aber auch international lautet die gemeinsame Herausforderung: Krisenprävention, Krisenbewältigung und Friedenssicherung. Im Nahen Osten muss die EU zu neuen Friedensperspektiven beitragen, denn diese Nachbarregion Europas ist von hoher strategischer Bedeutung für Frieden und Sicherheit auch in Europa. Große Erwartungen knüpfen wir auch an die neue EU-Afrika-Strategie, die eine eigenständige Entwicklung und die Einigung dieses Kontinents wirksam unterstützen muss.

### **Gutes Miteinander**

Wir brauchen eine neue EU-Nachbarschaftspolitik. Die Erweiterung der Europäischen Union verläuft für alle Seiten sehr erfolgreich. Vor allem die sogenannten Transformationsstaaten des östlichen Europa haben nach dem Übergang von kommunistischer zu demokratischer Staatsform im Beitrittsprozess große Fortschritte gemacht. Das sollte auch die Perspektive für Kroatien und alle anderen Staaten des westlichen Balkans sein. Für das Kosovo fordern wir ein umfassendes außen- und sicherheitspolitisches Engagement der EU. Wenn sich diese Region dauerhaft stabilisiert, wird es auch zum Nutzen Europas sein.

Fortschritte erwarten wir in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Eine demokratische Türkei kann als EU-Mitglied eine wichtige Brücke zum Nahen Osten sein. Eine glaubwürdige EU-Perspektive ist der beste Garant für eine echte Demokratisierung der Türkei. Wir unterstützen diesen Weg auch, indem wir auf der Grundlage der universellen und unteilbaren Menschenrechte den Dialog der Kulturen vorantreiben.

Die europäische Nachbarschaftspolitik muss weiterentwickelt und differenziert werden. Bei aller Verschiedenheit, abgestimmt auf das jeweilige Land, muss sie einem gemeinsamen Ziel folgen und mit der EU-Politik gegenüber Russland und Zentralasien zusammenspielen.

Russland als dem größten und wichtigsten Nachbarn der EU, aber auch den anderen GUS-Staaten und ihrer rechtsstaatlichen Entwicklung gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Zur politischen Entwicklung dieser Länder möchten wir auch mit der aktiven Unterstützung ihrer Zivilgesellschaften beitragen.

### **Das Boot ist nicht voll**

Immer noch riskieren unzählige Flüchtlinge ihr Leben bei dem Versuch, über das Mittelmeer oder den Atlantik nach Europa zu gelangen. Die Grenzen zu schließen kann nicht die Antwort sein. Die EU-Staaten müssen ihre Flüchtlings-, Einwanderungs- und Integrationspolitik aufeinander abstimmen und an nachhaltigen und humanitären Maßstäben ausrichten. Der Flüchtlingsschutz an den EU-Außengrenzen ist verbesserungswürdig. Von der Bundesregierung erwarten wir einen Beitrag zur zukunftsfähigen und menschenrechtlich verantwortlichen Fortentwicklung der europäischen Einwanderungspolitik.

### **Im Zentrum die UNO**

Einseitiges Handeln der Mächtigen und wechselnde Bündnisse der Willigen lösen die Probleme nicht und führen zur Ausgrenzung. Deshalb hat sich Deutschland multilateral eingebunden in die UNO, in die EU und in die NATO. Wir setzen darauf, möglichst alle einzubeziehen.

### **G8 überwinden**

In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts muss die Politik neue Formen der internationalen Zusammenarbeit finden – kein Staat der Erde wird die globalen Herausforderungen im Alleingang bewältigen können.

Die Ziele sind anspruchsvoll: die Globalisierung gerechter zu gestalten, einen weltweiten sozialen Ausgleich und eine ökologisch tragfähige, nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Eine neue „Weltinnenpolitik“ soll der wirtschaftlichen Globalisierung einen humanen Rahmen bieten, weltweite Regeln entwickeln und deren Einhaltung sicherstellen. Dazu muss die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene vertieft werden, gleichermaßen sind die internationalen Institutionen handlungsfähiger zu machen.

Ohne Integration der Schwellenländer in globale Absprachen wird das nicht funktionieren. Die weltweiten Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte müssen effektiver und kooperativer reguliert werden. Dann können alle Beteiligten vom zunehmenden Welthandel profitieren. Der exklusive Club der G8 ist jedenfalls zu klein für diese Welt. Die Zukunft liegt auch nicht in einer Erweiterung dieses Zirkels. Zukunftsweisender wäre es, die Reform der Vereinten Nationen voranzubringen. Doch bis zu einer tragfähigen Neustrukturierung konfrontieren wir die G8 mit klaren Forderungen. Ob die Staats- und RegierungschefInnen dieser 8 Länder globale Krisen ignorieren, sie gar verschärfen oder zu ihrer Bewältigung beitragen, das ist von größter Relevanz.

### **Vereinte Nationen stärken**

In unserem Konzept internationaler Politik spielen die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle. Deshalb drängen wir auf eine demokratische Reform der Weltorganisation. Die UNO braucht durchsetzungskräftige Entscheidungsstrukturen und die Kompetenz für wirksamere internationale Strukturpolitik: bei Wirtschaft und Handel, Umwelt und Entwicklung, Gesundheit, Bildung und Kultur, humanitärer Hilfe und Menschenrechten, Sicherheit und Frieden. In nahezu allen Politikfeldern haben die Vereinten Nationen Verantwortung übernommen und erfüllen dort wichtige Funktionen. Aber die UNO tut sich sehr schwer, militärische Konflikte zu lösen oder den Ausbruch neuer Konflikte zu verhindern. Sie kämpft mit mäßigem Erfolg gegen die Ausbreitung von Armut und Verelendung und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Ganz oben auf der Agenda steht, die Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrates zu erhöhen. Die Strukturen des Sicherheitsrates spiegeln noch immer die Nachkriegsordnung wider. Wir wollen, dass alle Kontinente im Sicherheitsrat angemessen vertreten sind. Verschiedene Reformmodelle werden diskutiert. Aus unserer Sicht sollen auch Deutschland und die EU ihre multilaterale Verantwortung einbringen. Jede Reform der UNO muss sich den politischen Veränderungen anpassen und die Wirksamkeit des Gremiums erhöhen.

Konkrete Fortschritte und Initiativen bei den Kernaufgaben, die im Interesse aller Mitgliedstaaten liegen, könnten einer Reform der Vereinten Nationen neue Impulse geben. Deshalb setzen wir große Hoffnungen in eine zukunftsfähige Umwelt- und Klimapolitik der Vereinten Nationen. Wir brauchen eine UNO-Umweltorganisation. Um Wirtschaft und Entwicklung weltweit gerechter zu gestalten, engagieren wir uns für eine Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC). Krisenprävention und Früherkennung lassen sich verbessern, wenn man das Department for Peacekeeping Operations (DPKO) stärkt. Die nach dem Weltgipfel 2005 eingerichtete Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission, PBC) muss mit Leben erfüllt werden. Der neue Menschenrechtsrat muss zu einem wirklichen Schutzinstrument ausgestaltet werden. Zur Stärkung der UNO und ihrer Unterorganisationen gehört vor allem auch, ihre ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

## **Mensch = Mittelpunkt**

### *Menschenrechte verwirklichen*

Die Verwirklichung der Menschenrechte ist ein originäres Ziel grüner Politik. Ohne sie kann eine friedliche und gerechte Weltordnung nicht entstehen.

Menschenrechte sind universell gültig und unteilbar. Stabilität entsteht durch Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Die Wahrung der Menschenrechte und die Bekämpfung der Straflosigkeit durchzieht deshalb unsere gesamte parlamentarische Arbeit. Es darf keinen „Menschenrechtsrabatt“ geben und keine doppelten Standards – im Anti-Terrorkampf ebenso wenig wie in der politischen Zusammenarbeit. Menschenrechtspolitik ist daran zu messen, ob sie nachhaltig ist.

Das deutsche Engagement für die Menschenrechte hat auf grüne Initiative hin an Durchsetzungsfähigkeit gewonnen. Mit einem Vollausschuss im Bundestag ist diese Aufgabe nun institutionell stark verankert. Neu ist auch ein Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt. Das 2001 gegründete Institut für Menschenrechte trägt durch Forschung, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Politikberatung zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Welt bei.

Auch in der Opposition setzen wir unser Engagement für zentrale Anliegen fort, so für die vorbehaltlose Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention, für menschenrechtliche Kriterien bei der Vergabe von Hermesbürgschaften, für die Umsetzung von Vereinbarungen zum Schutz indigener Völker und die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle bei Rüstungsexporten.

Zum Schutz der Menschenrechte und einer unabhängigen Zivilgesellschaft in China und Russland fordern wir den Bundestag immer wieder heraus, die Regierungspolitik kritisch zu begleiten. In diesem Sinne hinterfragen wir die Entwicklung Russlands zum autoritären Staat und die Olympischen Spiele in China mit parlamentarischen Initiativen. Der unter deutscher EU-Präsidentschaft initiierten Zentralasienstrategie setzen wir grüne Eckpunkte entgegen, die wirtschaftliche Kooperation an greifbare Menschenrechtspolitik knüpfen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der UNO, in der OSZE und im Europarat konsequent für Menschenrechte einzusetzen.

Die Todesstrafe werden wir bis zu ihrer weltweiten Abschaffung bekämpfen. Folter muss weltweit geächtet werden, auch in westlichen Staaten und den USA gilt: null Toleranz. Das US-Gefangenenlager in Guantanamo muss geschlossen werden.

Unverändert gilt unser Engagement den Minderheiten und Benachteiligten. Wir setzen uns gegen die Diskriminierung von Roma und Sinti in Europa ein und sorgen dafür, dass sich der Bundestag mit dem Schutz von Flüchtlingen befasst. Wir engagieren uns für die Rechte von Lesben und Schwulen. Die Achtung der individuellen Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit ist ein Wert, der weltweit gelten muss. Besondere Aufmerksamkeit richten wir auf den Schutz der Pressefreiheit als Garant für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

## **Keine Entwicklung ohne Frauen**

Mit unseren Initiativen setzen wir uns für die Menschenrechte von Frauen ein und fordern die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen in allen Bereichen. Um die globalen Herausforderungen wirksam anzugehen, brauchen wir ganz wesentlich das Engagement von Frauen. Oft sind es Initiativen von Frauen, die die Entwicklung vor Ort vorantreiben. Unser Energiekonzept fordert z. B., Initiativen von Frauen zur Nutzung erneuerbarer Energie in Entwicklungsländern zu unterstützen.

Gerade Frauen sind mit den negativen Seiten der Globalisierung konfrontiert: Menschenhandel, Prostitution, Zwangsarbeit. Laut ILO-Angaben werden 12,3 Millionen Menschen weltweit zur Arbeit gezwungen.

Davon sind über die Hälfte Frauen. Sexuelle Ausbeutung und Gewalt betrifft sie fast ausschließlich. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen von der Globalisierung profitieren können, statt unter ihr zu leiden.

Frauen sind Friedensakteurinnen und -gestalterinnen. Wir fordern einen nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325, die die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden zur verbindlichen Vorgabe gemacht hat.

### **Frieden und Sicherheit schaffen**

Grüne Außenpolitik ist Friedenspolitik. Wir stellen zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in den Vordergrund und setzen auf politische Konfliktlösung.

### **Politische Lösungen**

Das 21. Jahrhundert erlebt neben Kriegen zwischen Staaten verstärkt Bürgerkriege, entstaatlichte Gewalt, Terrorismus. Neue Konflikte überfordern viele Regierungen und lassen ganze Staaten zerfallen. Laut Vereinte Nationen sind ganze Kontinente dadurch gefährdet. Es hat sich gezeigt, dass Militäreinsätze Friedensprozesse zwar unterstützen können. Globale Friedenspolitik muss aber auf politische Lösungen setzen. Unsere Initiativen zielen darauf, das notwendige Instrumentarium zur Verfügung zu stellen, in dem diplomatische, politische, polizeiliche, humanitäre und militärische Fähigkeiten ineinander greifen.

Beispiel Afghanistan: Für die zivile Entwicklung Afghanistans fordern wir von der Bundesregierung und der EU massivere Unterstützung. Das Land muss befähigt werden, aus eigener Kraft Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Der Weg dorthin muss im Rahmen der Vereinten Nationen über ISAF militärisch abgesichert werden. Für diesen Stabilisierungseinsatz ist die NATO zurzeit ohne Alternative.

Beispiel Darfur: Das Prinzip der „responsibility to protect“, die „Pflicht zu beschützen“, ist eine Grundlage grüner Politik. Die zurzeit weltweit größte humanitäre Katastrophe ereignet sich in Darfur. Wir setzen uns bei der EU wie bei den Vereinten Nationen für alle Maßnahmen ein, um die Gewalt in Darfur zu stoppen.

Ein Schlüssel aktiver Friedenspolitik ist die Stärkung zivilgesellschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen – auch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Ihn zu besiegen heißt, seine sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen zu beseitigen. Der Kampf gegen den Terrorismus rechtfertigt aber nicht, die Menschenrechte auszuhöhlen oder weltweit militärisch zu intervenieren. Wesentlich ist die Bereitschaft zum interkulturellen Dialog. Am Fall des Karikaturenstreits wurde deutlich: Wo gegenseitiges Verständnis und Kommunikation fehlen, werden sich Konflikte nicht entschärfen lassen. Mit dem neuen Weißbuch zur Sicherheitspolitik hat die Bundesregierung die Chance verpasst, ein in sich schlüssiges Konzept vorzulegen, das dem Primat ziviler Außen- und Sicherheitspolitik folgt. Sie zieht kein Resümee aus mehr als 10 Jahren deutschen Krisenengagements und Auslandseinsätzen und dementsprechend keine Konsequenzen für die friedens- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten Deutschlands.

Internationale Verantwortung braucht Akzeptanz in der eigenen Bevölkerung. Deshalb halten wir eine breite Debatte in Politik und Gesellschaft zur deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik für wichtig. Sie muss ergebnisoffen geführt werden und die Interessen der Zivilbevölkerung, die unter Krieg und Konflikten leiden, in den Mittelpunkt stellen.

### **Bundeswehr umbauen**

Angesichts der neuen Herausforderungen ist die zentrale Aufgabe der Bundeswehr nicht mehr die Landesverteidigung, sondern zur multilateralen Krisenbewältigung angemessen beizutragen. Es mangelt ihr aber an Logistik und Strukturen für diese überwiegend polizeiähnlichen Stabilisierungseinsätze. Falsche Schwerpunktsetzungen – Stichwort: Eurofighter – binden Mittel, die an anderer Stelle fehlen. Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist die Bundeswehr derzeit nicht gewachsen. Wir engagieren uns daher für eine bessere Anpassung der Bundeswehr an die Anforderungen internationaler Stabilisierungseinsätze im Rahmen der Vereinten Nationen.

Überfällig ist die Abschaffung der Wehrpflicht. Sie ist sicherheitspolitisch überholt, ungerecht und auch verfassungsrechtlich nicht mehr haltbar. Deutschland kann auch mit einer kleineren Armee einen verantwortungsvollen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten. Wir wollen die Bundeswehr auf eine Freiwilligenarmee von etwa 200.000 Soldatinnen und Soldaten reduzieren.

### **Zivile Krisenkapazitäten aufbauen**

Zur Überwindung gewaltsamer Konflikte gibt es keine Patentrezepte. Militär ist keine Lösung. Stabilisierungseinsätze können nur die Zeit überbrücken, um politische Lösungen zu entwickeln.

Der aussichtsreichste Weg ist, Krisen und Gewalt vorzubeugen und friedliche Verhältnisse stabil zu machen. Dafür müssen ausreichende personelle wie materielle Fähigkeiten und Strukturen zur Verfügung stehen. In der rotgrünen Regierungskoalition haben wir darauf gedrängt, dass Deutschland seine Infrastruktur zur Krisenprävention und zum zivilen Krisenmanagement ausbaut und in den Dienst von Vereinten Nationen, EU oder OSZE stellt. Wir haben Deutschland zur Vorreiterin und zum Motor gemacht. In diesen Zusammenhang gehören der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktvermeidung und Friedenskonsolidierung“, die Einrichtung des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst (ZFD) in der Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung von Nichtregierungsorganisationen (z. B. Zivik-Projekt) sowie die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Statt dieses Engagement auszubauen, rudert die große Koalition zurück. Andere Staaten haben Deutschland im Bereich ziviler Krisenprävention längst überholt.

Eine wichtige Aufgabe, die wir in multilateraler Verantwortung wahrnehmen wollen, ist, dem Zerfall von Staaten entgegenzuwirken. Dazu sind vorrangig rechtsstaatliche Strukturen zu stärken bzw. aufzubauen. Eine funktionierende Justiz und Polizei sind dafür unerlässlich. Im Polizeibereich ist der Bedarf an Unterstützung besonders hoch. Gerade da gibt es aber große Defizite. Wir wollen einen Pool gut ausgebildeter freiwilliger Polizeikräfte, die bei Bedarf zu internationalen Friedenseinsätzen bereit und verfügbar sind. Um über mehr Geld für Konfliktprävention und Soforthilfe aus einer Hand zu verfügen, sollte das Gerangel zwischen den politischen Ressorts beendet und Zuständigkeiten sinnvoll gebündelt werden.

### **Globale Aufrüstung eindämmen**

Die Welt läuft auf eine neue Aufrüstungsrunde zu. Statt abzurüsten modernisieren die Atommächte ihr Arsenal. Bestehende Rüstungskontrollverträge werden ausgehöhlt oder gar gekündigt. Eine Wiederbelebung der vertraglichen Rüstungskontrolle und Abrüstung ist überfällig. Die Lücken im Atomwaffensperrvertrag sind dringend zu schließen. Die Bundesregierung darf dem Abkommen über die Zusammenarbeit im zivilen Nuklearsektor zwischen USA und Indien nicht zustimmen. Das Abkommen würde zu einem nuklearen Dammbreach führen und eine Lösung im Atomstreit mit dem Iran und Nordkorea erheblich erschweren. Andere Staaten fühlten sich ermutigt, dem indischen Beispiel zu folgen und ebenfalls nuklear aufzurüsten.

Wir erwarten von der Bundesregierung neue abrüstungspolitische Initiativen. Wir setzen uns ein für ein Verbot von Landminen und uranhaltiger Munition. Wir brauchen weiterhin klare und überprüfbare Rüstungskontrollvereinbarungen für Waffen und Armeen. Auch die Abrüstung der taktischen Atomwaffen muss jetzt vorankommen, die US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa sind vollständig abziehen. Auch aus friedenspolitischen Gründen brauchen wir einen internationalen Ausstieg aus der Atomkraft. In einem ersten Schritt müssen die Urananreicherung, die Wiederaufbereitung und der nukleare Brennstoffkreislauf unter eine strenge internationale Kontrolle gestellt werden.

### **Waffen unter Kontrolle**

Bis zu 90% der Opfer bewaffneter Konflikte – darunter viele Frauen und Kinder – werden mit Kleinwaffen getötet. Bereits Kinder werden mit solchen leicht bedienbaren Waffen zu SoldatInnen gemacht. Wir wollen den Handel mit Kleinwaffen und Munition kontrollieren und streng begrenzen. Es sollte einen weltweit gültigen Vertrag geben, der Rüstungsexporte streng reglementiert und die „Waffen unter Kontrolle“ bringt.

Auch der Ächtung von Streumunition gilt unverändert unser Engagement. Ihr Einsatz ist nicht zu rechtfertigen. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die an der Option zum Einsatz von Streumunition festhält, fordern wir ein Gesetz für ihr vollständiges Verbot.

### **Kulturellen Austausch fördern**

**Der kulturelle Austausch hat einen schöpferischen Eigenwert. Zugleich hat Auswärtige Kulturpolitik die Aufgabe, ein lebendiges und zeitgemäßes Bild Deutschlands in der Welt zu vermitteln.**

Tragfähige Beziehungen leben vom Dialog zwischen den Kulturen und der Begegnung der Menschen über gesellschaftliche und kulturelle Grenzen hinweg. Wie wichtig Toleranz und Verständigung sind, wurde am Karikaturenstreit deutlich. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) macht sich genau darum verdient. Um sie zu stärken und im parlamentarischen Raum zu verankern, wurde auf grüne Initiative der dafür zuständige Unterausschuss im Deutschen Bundestag wieder eingesetzt.

Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen erfordern allerdings auch eine ehrliche Bilanzierung und ein klares konzeptionelles Leitbild auswärtiger Kulturarbeit. Ihre Instrumente, Strukturen und Schwerpunkte gehören angesichts begrenzter Ressourcen auf den Prüfstand. Deshalb mahnen wir bei der Regierung eine Neuorientierung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik an.

Unsere Kulturaußenpolitik soll ein lebensnahes Bild von Deutschland vermitteln. Sich mit der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen, gehört dazu. Das Deutschland von heute muss sich als kreative Kulturturnation und weltoffener Bildungs- und Wissenschaftsstandort präsentieren. Unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen wollen wir aber auch den schöpferischen Eigenwert der Kultur stärken.

Neue Schwerpunktsetzungen in der Auswärtigen Kulturpolitik messen neben Asien und dem Nahen Osten auch Afrika eine bedeutende Rolle zu. Um das oft einseitige Bild von Afrika zu korrigieren, ist eine bessere Zusammenarbeit auf medialer, kultureller und wissenschaftlicher Ebene sowie eine erhöhte Präsenz der Mittlerorganisationen notwendig.

Europa wächst zusammen. Den Prozess der europäischen Integration wollen wir durch kulturelle Zusammenarbeit und bessere Vernetzung fördern. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die transatlantische Kooperation in wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht zu unterstützen. Auf einer derart gefestigten Basis kann eine gemeinsame Welt- und Wertesicht ruhen.

### **Zum Weiterlesen:**

- Weißbuch Sicherheitspolitik (Reader 16/24)
  - Europas Chancen nutzen (Broschüre 16/36)
  - Nachhaltig für Europa (Reader 16/54)
  - Die Zeit drängt (Broschüre 16/51)
  - Global und Fair (Reader 16/70)
  - Euratom – Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion (Reader 16/47)
- und viele weitere

### **Bundestagsdrucksachen:**

16/7212 China-Politik der Bundesregierung  
16/6604 Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik  
16/5587 Für einen sicherheitspolitischen Kurswechsel in Afghanistan  
16/5425 Die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU  
16/4852 EU-Zentralasienstrategie mit Leben füllen  
16/4555 UN Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit  
16/4425 Afrika unterstützen  
16/4407 Keine militärische Eskalation gegenüber dem Iran  
16/4155 EU-Russlandpolitik  
16/4054 Rohstoffeinnahmen für nachhaltige Entwicklung nutzen  
16/3019 Den Hunger in Entwicklungsländern wirksam bekämpfen  
und viele weitere

### **Noch Fragen?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Arbeitskreis 4: Internationale Politik und  
Menschenrechte  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,  
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552,  
[info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)